

Regierungsratsbeschluss

vom 8. März 2022

Nr. 2022/329

KR.Nr. A 0241/2021 (BJD)

Auftrag Marlene Fischer (Grüne, Olten): Ladeinfrastruktur für Elektromobilität: Rahmenbedingungen schaffen Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Kanton Solothurn passt die Baugesetzgebung entsprechend den Empfehlungen des SIA-Merkblatts 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» an.

2. Begründung

Gemäss Auftrag A 0106/2014 «E-Mobilität im Kanton Solothurn fördern» muss die Regierung die Entwicklung der Elektromobilität verfolgen und prüfen, ob Massnahmen erforderlich sind. In ihren Antworten auf die Interpellation I 0054/2018 «Elektromobile und Schnellladestationen» hielt sie fest, dass kein «gesetzlicher Handlungsbedarf» bestünde. Seit dieser Einschätzung sind drei Jahre vergangen.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, muss die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs rascher voranschreiten. Zentral dafür ist eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Diese nachträglich in bestehenden Gebäuden einzubauen ist teuer. Die notwendige Ladeinfrastruktur bei Neubauten und Garagensanierung von Anfang an mitzudenken ist sinnvoller. Das SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» schafft da Planungssicherheit: Es gibt Empfehlungen zur Ladeinfrastruktur ab und definiert für jeden Ausbaustandard Minimal- und Zielwerte. Verschiedene Kantone planen deshalb, ihre Baugesetzgebung entsprechend den Empfehlungen des SIA-Merkblatts 2060 anzupassen (zum Beispiel St. Gallen, Bern oder Schaffhausen). Dies sollte auch der Kanton Solothurn tun.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Die Elektromobilität ist ein zentraler Baustein einer energieeffizienten und klimaverträglichen Mobilität. Sie ist entscheidend für die Erreichung des Netto-Null-Ziels der Schweiz. Dazu müssen Gebäude und Verkehr nahezu vollständig frei von fossilen Emissionen werden. Elektrische Antriebe sind dabei äusserst energieeffizient und für die Schweiz, mit einem hohen Anteil an erneuerbarem Strom, besonders sinnvoll.

Die fehlende Ladeinfrastruktur stellt heute noch eine der grössten Hemmschwellen für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen dar. Besonders in bestehenden Mehrparteiengebäuden sind die verhältnismässig hohen Investitionen für die Eigentümerschaft noch eine Herausforderung. Bei fehlender Lademöglichkeit fällt der Kaufentscheid der Mieterschaft für ein Elektrofahrzeug dann auch zumeist negativ aus. Die möglichst rasche Schaffung von Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge in Mehrparteiengebäuden, in Betrieben und auf öffentlichen Parkplätzen ist deshalb wichtig für die Verbreitung von Elektrofahrzeugen.

Aktuell läuft der Überarbeitungsprozess des Energiekonzepts (siehe auch Stellungnahme des Regierungsrates vom 25. Oktober 2021, RRB Nr. 2021/1515, zur Kleinen Anfrage der Fraktion SP/Junge SP: Energiekonzept Kanton Solothurn).

Das Projektteam (Vertreter AWA und Amt für Umwelt) diskutiert zusammen mit der Arbeitsgruppe (Vertreter aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Umwelt und Energieversorgung) im Rahmen der Überarbeitung des Energiekonzeptes auch Massnahmen zur Dekarbonisierung des Verkehrs, insbesondere die Elektrifizierung von Personenwagen und leichten Nutzfahrzeugen. Dies soll mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur erreicht werden. Zur Diskussion stehen dabei die Massnahmen:

- Förderung der Ladeinfrastruktur
- Regelung zur Ladeinfrastruktur bei Neubauten bzw. grossen Bauten
- Ausbau der Ladeinfrastruktur bei kantonseigenen Bauten
- Recht auf Laden (Bereiche Miete und Stockwerkeigentümerschaft).

Das definitive Energiekonzept wird im Projektteam unter Berücksichtigung der Rückmeldungen der Arbeitsgruppe erarbeitet.

Der Regierungsrat entscheidet abschliessend über das überarbeitete Energiekonzept und insbesondere darüber, welche Handlungsschwerpunkte auf welchem Weg weiterverfolgt werden.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Im Rahmen der Überarbeitung des Energiekonzeptes werden Massnahmen zur Dekarbonisierung des motorisierten Verkehrs erarbeitet. Basierend auf dem Energiekonzept leitet der Regierungsrat die zur Umsetzung notwendigen Gesetzgebungsverfahren ein.



Andreas Eng
Staatschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement (br)
Amt für Umwelt
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Aktuariat UMBAWIKO
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat